

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW), Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet Professor an der Bergischen Universität Wuppertal, Alfred Grosser Professur 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow, AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC. www.eiiw.eu. *Welfens hat bereits in 2008 vor einer Griechenland-, Portugal-, Spanien- und Italienkrise gewarnt. Sein Neues Buch Die Zukunft des Euro. Die Europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung fordert zum Übergehen auf eine Politische Union in der Eurozone auf.*
welfens@eiiw.uni-wuppertal.de (euro2013berlinwelfens) 22. Januar 2013

Veranstaltung der Schwarzkopf-Stiftung, Berlin, 22. Januar 2013, 18:00 – 20:00, Sophienstr. 28

Die Zukunft des Euro *Die europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung*

Gegen die Euro-Fehleinschätzungen und Fehlanalysen aus dem Ifo-Institut – oder über den Wert des €

Die Eurokrise, die 2010-2012 eine erhebliche Destabilisierung der EU bzw. der Währungsunion gebracht hat, könnte in 2013/2014 überwunden werden. Das bisherige Krisenmanagement ist z.T. fehlerhaft, teilweise sind nationale Politikfehler – wie in Griechenland und Irland – eine wichtige Krisenursache. Aber die Euro-Krise ist aber auch ein Reflex der Transatlantischen Bankenkrise bzw. des Konkurses der US-Bank Lehman Brothers am 15. September 2008; schon am 30. Oktober ging Welfens-Analyse mit Szenario zu kommender Eurokrise an ökonomischen Chefberater der Kanzlerin (Buch: Transatlantische Bankenkrise, S. 158f.). In der allgemein verständlichen Studie „Die Zukunft des Euro“ (Berlin: 2012, Nicolai Verlag) wird verdeutlicht, welche Krisendynamik die Staatsschuldenkrise bestimmt, was die Hintergründe waren und welche Reformoptionen sinnvoll sind.

Nationale Strukturreformen, Konsolidierungsmaßnahmen und institutionelle Neuerungen in der EU bzw. bessere Defizitregeln sind zusammen mit der neuen EZB-Ankaufspolitik vom 6. September 2012 wichtige Schritte zur Überwindung der Eurokrise; auch die US-Konsolidierungspolitik bzw. der Kompromiss im Kongress am 30.12.2012 hilft bei der Stabilisierung in Europa, da jede Rating-Verschlechterung der USA auch viele Länder der Eurozone nach unten zieht. Spanien und Italien sind hier besonders bedroht – eine denkbare Doppelkrise der beiden Länder würde die Eurozone bzw. die Rettungsschirme ESM plus EFSF (Restmittel ca. 200 Mrd. €) überfordern. Auch in 2013 bestehen Unwägbarkeiten und es drohen neue Politikfehler. Zypern ist ein neues Krisenland, Slowenien könnte hinzukommen (mit GR 3 von 6 Euro-Länder bisheriger Euro-Erweiterung!), Griechenland ist 2013 in einer dramatischen Krise: im 6. Rezessionsjahr in Folge – 30% Arbeitslosenquote drohen; absurd!

Das Ifo-Institut bzw. Hans-Werner Sinn hat übertriebene Risiko-Zahlen zur Eurokrise in 2012 verbreitet, die Sichere-Hafen-Effekte bzw. besondere Zinsvorteile der Krise für Deutschland ausgeblendet. Zudem hat Sinn am 11.9.2011 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zum Boykott der EZB durch die Bundesregierung aufgerufen: Das ist unethisch, jenseits der Wissenschaft.

Die ökonomischen Vorteile des Euro betragen pro Kopf – in Lebensperspektive – rund 10 000 € (siehe auch *Welfens* im Finanzausschuss, Dt. Bundestag, 9.5.2012) bzw. 1/3 des Jahres-Einkommens der Eurozone. Der Euro ist ein wertvolles Projekt! Die Krise kann überwunden werden, die Eurozone könnte 2014 besser da stehen als die USA oder UK. Nötig ist eine Politikunion: Statt einer Brüsseler Staatsausgabenquote von 1% sollte man ca. 5% realisieren, die nationalen Staatsausgaben senken. Euro-Politikunion heißt nicht nur Euro-Parlament, sondern auch eigene Steuern für Brüssel; allerdings insgesamt Steuersenkung, da die sinnvolle schrittweise – bedingte - Einführung von zinsgünstigen Euro-Gemeinschaftsanleihen Zinsausgabenquote um ca. 0,5% des Bruttoinlandsproduktes senken wird. Deutschland und Frankreich sind besonders aufgefordert: Initiative für eine Euro-Politikunion!